

Aufenthaltsbedingungen während des Ersten Weltkrieges. Nachdem es bei Kriegsbeginn zu Ausschreitungen der deutschen Bevölkerung gegen polnische Arbeiter gekommen war, viele Polen in Schutzhaft genommen und die restriktiven Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen noch verschärft worden waren, kam die staatliche Seite seit der Proklamation des Königreichs Polen den Interessen der polnischen Arbeiter mehr entgegen, weil sie dringend für die Kriegsproduktion gebraucht wurden. Eine durchgreifende Verbesserung wurde, wie Liedke vor allem am Beispiel der Domänenarbeiter zeigen kann, aber nicht erreicht. Die Verhältnisse während der Weimarer Republik, mit denen sich der Verfasser im dritten Teil beschäftigt, unterschieden sich in mehrfacher Hinsicht von denen des Kaiserreichs. Zum einen standen nicht mehr Fragen der antipolnischen Abwehrpolitik, sondern Fragen der Arbeitsmarktpolitik im Vordergrund des staatlichen Handelns. Zum anderen war die Zahl der ausländischen Arbeiter durch die wirtschaftliche Krisenlage und die Bestimmungen der Demobilmachungspolitik rapide gesunken. In den 1920er Jahren waren durchschnittlich nur noch etwa 2000 ausländische Arbeiter im Freistaat Braunschweig beschäftigt. Zwar verbesserte sich die rechtliche Lage der polnischen Arbeiter durch einen 1927 zwischen Deutschland und Polen unterzeichneten, von der Forschung bislang kaum berücksichtigten Vertrag, doch die wenigen polnischen Arbeiter sahen sich einem wachsenden Druck staatlicher und auch gewerkschaftlicher Instanzen ausgesetzt, die angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen die Ausländerbeschäftigung reduzieren wollten. Während gerade die SPD-Regierungen den Inländerprimat durchzusetzen versuchten, forderten die Vertreter der konservativen Agrarverbände weiterhin polnische Arbeitskräfte an, weil selbst in wirtschaftlichen Notzeiten nicht genügend deutsche Arbeitskräfte für landwirtschaftliche Tätigkeiten zu finden waren. Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise kam es dann aber auf breiter Front zum Abbau der Ausländerbeschäftigung und zu rigiden Ausweisungen polnischer Arbeiter.

Liedkes Untersuchung, die in knapper Form auch auf die innerpolnischen Ursachen der Erwerbsemigration eingeht und in einem Ausblick die Verhältnisse zwischen 1933 und 1939 einbezieht, kann insgesamt als eine gelungene Fallstudie zur Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland angesehen werden, deren Erkenntniswert sich nicht nur auf die Geschichte des Untersuchungsraumes beschränkt. *Hans-Werner Hahn, Jena*

Thomas Weichel, »Wenn dann der Kaiser nicht mehr kommt . . .«. Kommunalpolitik und Arbeiterbewegung in Wiesbaden 1890–1914, Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden, Wiesbaden 1991, 228 S., geb., 24 DM.

Welche Rolle konnte die Arbeiterbewegung in einer Stadt spielen, die sich selbst als »Weltkurstadt« verstand? Wiesbaden verkörperte zwischen 1890 und 1914 mit seiner aufwendigen Architektur, den Festlichkeiten und regelmäßigen Kaiserbesuchen wie kaum eine andere Stadt den prunkvollen Lebensstil der Reichen im wilhelminischen Deutschland. Als Folge der großen Anziehungskraft auf wohlhabende Kurgäste und Rentiers verdreifachte sich die Einwohnerzahl der Stadt zwischen 1866 und 1898; 1905 war mit 100 000 Einwohnern die Großstadtgrenze überschritten – und dies ohne nennenswerte Industrieansiedlung oder Eingemeindungen. Im Zentrum von Weichels Untersuchung steht daher die Frage nach dem Verhältnis zwischen der ungewöhnlichen wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt und der Kommunalpolitik, dem Charakter und den Chancen der Wiesbadener Arbeiterbewegung, den Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien sowie der Rolle der Sozialpolitik.

Einen wesentlichen Entwicklungsschub erhielt Wiesbaden, die ehemalige Hauptstadt

des Herzogtums Nassau, nach der Annexion durch Preußen 1866. Weichel schildert den konsequenten Ausbau zum Kurzentrum: Um reiche Privatiers anzulocken, wurden die direkten Gemeindesteuern extrem niedrig gehalten, andererseits Hausbesitzer, Geschäftsleute und Betriebe mit hohen Gebühren und Abgaben belastet. Fabrikbetriebe wurden möglichst ferngehalten und blieben vorwiegend auf die Nachbarorte beschränkt; Eingemeindungswünsche der stärker industrialisierten Vororte lehnte der Magistrat noch bis kurz vor Beginn des Ersten Weltkrieges generell ab.

Nach Weichels Untersuchung der Wirtschafts- und Sozialstruktur Wiesbadens blieb der Anteil der Beschäftigten in Industrie und Handwerk zwischen 1867 und 1907 nahezu konstant. Dominierend war das Kleingewerbe; größere Bedeutung kam angesichts des Baubooms zeitweise dem Baugewerbe und in wachsendem Maße dem touristischen Bereich sowie dem Sektor »Gesundheitspflege und Krankendienst« zu. Besonders auffallend war der zunehmende Anteil der Rentiers, die 1907 ein Sechstel aller »Erwerbstätigen« stellten.

Bedauerlicherweise geht der Verfasser nicht detaillierter auf die soziale Lage der Unterschichten in Wiesbaden ein. So wäre es wünschenswert gewesen, Näheres über Löhne, Preise, Mieten und Mobilität in dieser so unübersehbar vom Reichtum des Bürgertums geprägten »wilhelminischen Modellstadt« (S. 11) zu erfahren. Nach der Analyse der Wirtschafts- und Sozialstruktur skizziert Weichel die mehrfachen Veränderungen im Bürger- und Kommunalwahlrecht der Stadt seit 1866 und ihre Folgen für die einzelnen Bevölkerungsschichten. Ein Überblick über die Stadtverordnetenwahlen, an denen sich die Sozialdemokratie seit 1899 mit sehr mäßigem Erfolg beteiligte, zeigt die politische Kräftekonstellation in der Stadt. Bei der Darstellung der Geschichte der Wiesbadener Arbeiterbewegung geht Weichel zunächst auf die Anfänge 1848/49 und den Aufschwung in den 1860er Jahren während der Agitation Leonhard von Bonhorsts ein. Im folgenden wird die besondere Situation Wiesbadens erkennbar, das agitatorisch zunächst von Mainz, dann von Frankfurt aus betreut wurde, da es am Ort meist an geeigneten Rednern fehlte. Die Wiesbadener Arbeiterbewegung, die auch immer wieder durch personelle Auseinandersetzungen geschwächt wurde, wird insgesamt als relativ wenig entwickelt beschrieben. Die fehlende Industrialisierung wirkte sich vor allem nach 1890 negativ auf die weitere Ausbreitung der Organisation aus. Zeitweise galten die »Wiesbadener Verhältnisse« sogar als »ein Synonym für Lauheit und Finanzprobleme« (S. 174) innerhalb der Arbeiterbewegung der Region. Weichel konstatiert, daß die Wiesbadener Sozialdemokratie organisatorisch schwächer war, als sich dies anhand der Ergebnisse der Reichstagswahlen vermuten läßt. Offensichtlich habe sie 1898 mit 35 % der Stimmen ihr Wählerpotential schon weitgehend ausgeschöpft – ein Anteil, der bezeichnenderweise nur geringfügig unter dem fast konstant bleibenden Prozentsatz der Erwerbstätigen im Sektor Industrie und Bauwesen lag. Dem Sozialdemokraten Gustav Lehmann gelang 1907 nur infolge einer besonderen Stichwahlkonstellation der Einzug in den Reichstag. Da viele Arbeiter nicht in der Stadt selbst, sondern in den Vororten wohnten, wäre die Einbeziehung der erst später eingemeindeten Vororte in die Untersuchung vermutlich aufschlußreich gewesen. Ideologisch überwog in der Wiesbadener Sozialdemokratie in den 1890er Jahren, in denen Max Quarck Reichstagskandidat war, die reformistische Richtung. Nach der Jahrhundertwende gewannen nach Einschätzung des Autors offensichtlich zunehmend auch eher linke Positionen an Bedeutung, wobei eine eindeutige Ausrichtung wegen der Quellenlage nur schwer nachzuweisen war.

Kontakte zu bürgerlichen Parteien gab es nach Weichels Untersuchung kaum. Es habe von seiten des Bürgertums auch keine Bereitschaft bestanden, mit der Arbeiterbewegung über Institutionen wie Arbeitsnachweis, Ortskrankenkasse oder Gewerbegericht zu kooperieren. Sozialpolitik wurde vorzugsweise privaten Vereinen oder Hilfsorganisationen überlassen oder durch obrigkeitliche Kontrolle, z. B. bei der Wohnungsinspektion, ausgeübt. Eingegangen wird dabei auch auf die Rolle des in Wiesbaden wirkenden nationalliberalen Sozialpolitikers Fritz Kalle, der neben seinen Aktivitäten auf Reichsebene zahlreiche wohl-

tätige Initiativen in der Kommune ins Leben rief. Abgesehen von den überregional beeinflussten Reichstagswahlkämpfen wurde die Kommunalpolitik vom Bürgertum – so das Fazit des Verfassers – in erster Linie als lokale Interessenpolitik behandelt. Dabei standen die am Ort vertretenen bürgerlichen Parteien – Freisinnige, Nationalliberale, Konservative – jeweils für bestimmte gesellschaftliche Gruppen, z. B. für Geschäftsleute und alteingesessenes Bürgertum, die Schicht der Rentiers oder die ehemaligen Offiziere. Vor allem nach den Wahlrechtsänderungen von 1891 verschob sich das Gewicht zugunsten der Nationalliberalen. Sie forcierten den weiteren Ausbau Wiesbadens zur attraktiven Kurstadt mit allen finanziellen Konsequenzen und blockierten gleichzeitig die industrielle Entwicklung.

Weichels Arbeit gibt trotz des Aussparens einiger Fragestellungen einen aufschlußreichen Einblick in die Strukturen einer Stadt, deren Entwicklung sich im Kaiserreich signifikant von Orten vergleichbarer Größe unterschied. Umfangreiches Tabellenmaterial und ein mit biographischen Daten ausgestattetes Personenregister ergänzen den Band.

*Ilse Fischer, Bonn*

Karl Heinrich Pohl, Die Münchener Arbeiterbewegung. Sozialdemokratische Partei, Freie Gewerkschaften, Staat und Gesellschaft in München 1890–1914, K. G. Saur Verlag, München etc. 1992, 580 S., geb., 68 DM.

Die vorliegende Untersuchung über die Münchener Arbeiterbewegung schließt eine Forschungslücke und ist zugleich ein wichtiger Beitrag zur Sozialgeschichte Bayerns. Der Verfasser interpretiert München und in gewisser Weise auch Bayern »als chancenreiches Experiment einer strikt reformorientierten Arbeiterbewegung [. . .], in scharfem Gegensatz zur Entwicklung in Norddeutschland/Preußen« (S. 24 f.). Die Politik der bayerischen Sozialdemokratie wird insgesamt als Versuch gesehen, das Deutsche Reich vom Süden her zu modernisieren und zu demokratisieren. Eine Reihe struktureller Voraussetzungen schienen dieses Konzept zu begünstigen: ein (im Vergleich zu anderen Bundesstaaten) weniger restriktives Landtagswahlrecht, eine zumindest zeitweise von liberalen Beamten geführte Staatsregierung, das Fehlen von Junkern und Schwerindustriellen.

Ausgehend von einer differenzierten Analyse der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in München, gelingt es dem Verfasser, überzeugend den Zusammenhang zwischen den besonderen lokalen Rahmenbedingungen und der Entwicklung der Arbeiterbewegung zu verdeutlichen: Die zeitliche Phasenverschiebung der Industrialisierung in Bayern und der kontinuierlich und wenig dramatisch verlaufende Industrialisierungsprozeß in München trugen unübersehbar zum gemäßigten Charakter von Sozialdemokratie und Gewerkschaften bei. Die wirtschaftliche Struktur der Residenz- und Universitätsstadt München war in hohem Maße durch den Verwaltungsbereich, wissenschaftliche und kulturelle Einrichtungen geprägt. Auf dem gewerblich-industriellen Sektor nahmen Baugewerbe, Brauindustrie, polygraphisches Gewerbe und die Metall- und Maschinenbauindustrie die vorrangigen Plätze ein. Die breit gefächerte Verteilung der Erwerbstätigkeit auf verschiedene Wirtschaftszweige milderte die Konjunkturabhängigkeit und entschärfte nach Pohls Einschätzung auch potentielle soziale Spannungsfelder. Charakteristisch für die Struktur der Münchener Wirtschaft war außerdem die Dominanz der Klein- und Mittelbetriebe, in denen noch 1907 fast 70 % aller Beschäftigten tätig waren. Dabei überwogen Facharbeiter und Gesellen. Insgesamt war die bayerische Landeshauptstadt also keine »proletarische« Stadt. Mit rund 44 % an der Erwerbsbevölkerung hatte München 1907 einen der geringsten Arbeiteranteile unter den deutschen Großstädten. Nach 1890 wuchs die Bevölkerung überdies wesentlich langsamer als die vergleichbarer Orte. Eine weitere